

Michael Wagner-Kern

Staat und Namensänderung

Die öffentlich-rechtliche Namensänderung
in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert



Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV

Einleitung	1
------------------	---

I. Untersuchungsgegenstand und Fragestellungen	1
II. Abgrenzung der Themenstellung und Begriffsklärungen	7
III. Quellenlage und Methodik	8
1. Quellenlage	9
2. Methode	13
IV. Forschungsstand und Literatur	14
V. Gang der Untersuchung im Überblick	19

1. Kapitel: Namensänderung unter dem Vorbehalt staatlicher Legitimation (1800 – 1918)	23
------------------------------------------------------------------------------------------------	----

I. Grundlagen und Entstehungsvoraussetzungen für ein öffentlich-rechtliches Namensänderungsrecht	23
1. Die Herausbildung eines Systems fester Familiennamen	23
2. Regelungsprinzipien des Namens(änderungs)rechts im 19. Jahrhundert	30
II. Das »zweispurige System« des Namensänderungsrechts (1800 – 1848)	32
1. Die Judenemanzipation als Katalysator namensrechtlicher Regelungen	35
a) Die Verbindung zwischen Namensannahme und Emanzipation: Das österreichische Namensedikt (1787)	38
b) Die Verpflichtung zur Annahme erblicher Zunamen in Baden (1809) ...	40
c) Namensregelungen in Bayern und Mecklenburg-Schwerin (1813)	42
d) Die Namensregelungen im preußischen Emanzipationsedikt (1812)	43
e) Die namensrechtliche Verordnung in Kurhessen (1816)	49
f) Zwischenergebnis	50
2. Das allgemeine Verbot willkürlicher Namensänderungen	51

a) Genehmigungsvorbehalte im geschriebenen Recht:	
Preußen (1816/22)	52
b) Genehmigungspflicht nach Gewohnheitsrecht in anderen Staaten.....	57
III. Vornamen und Namenspolitik in Preußen (1816 – 1846)	60
IV. Das Recht auf Namensänderung zwischen Liberalität und Autorität	
(1848 – 1918).....	65
1. Das Namensänderungsrecht in polizei-, straf- und	
personenstandsrechtlichen Vorschriften	66
2. Die Bedeutung von § 12 BGB für das Namensänderungsrecht.....	69
a) Beratungen zum zivilrechtlichen Namensrecht.....	70
b) Die Kollision von Reichs- und Landesrecht.....	72
c) Forderungen nach einer Vereinheitlichung des	
Namensänderungsrechts	73
3. Die Festlegung neuer Standards im Namensänderungsrecht.....	75
a) Neue Entscheidungsträger und Präzisierung des Namensänderungs-	
begriffs	76
b) Der Namensschutz nach § 12 BGB als Abwägungstopos	
bei der Entscheidung über Änderungsgesuche	78
c) Begründungszwang und inhaltliche Entscheidungsrichtlinien für die	
Antragsbearbeitung	79
4. Antisemitismus und namensrechtliche Regelungen	82
a) Grundlagen: Der Weg zur rechtlichen Gleichstellung der jüdischen	
Bevölkerung.....	82
b) Moderner Antisemitismus und Namensänderung	84
c) Die publizistische Propaganda gegen die Änderung jüdischer Namen ...	88
d) Namensänderungsrecht im politisch-administrativen Bereich.....	90
5. Konsequenzen: Namensänderungsrecht als »Judengesetzgebung«.....	94
a) Die Auslegung des »hinreichenden Grundes« bei der Ablegung	
»jüdischer Namen«.....	95
b) Das Verbot des willkürlichen Vornamenwechsels.....	100
c) Die besondere Behandlung »jüdischer Namensänderungen«	102
d) Das Verbot der Namensänderung bei Konvertierung zum	
christlichen Glauben	107
e) Die Bedeutung des Vorkriegsantisemitismus für das	
Namensänderungsrecht.....	109
6. Herausbildung und Stellenwert typischer Fallgruppen	111
7. Die Liberalisierung des Namensänderungsrechts während	
des Weltkrieges (1914 – 1918)	113
V. Die Namensänderung in Rechtswissenschaft und Judikatur	115
1. Einordnung des Namensänderungsrechts in der juristischen Literatur	115
a) Die Freiheit zur Namensänderung und die Ausnahmen:	
Tilemann Wiarda (1800)	116

b) Die Forderung nach gesetzlichen Regeln: Carl Einert (1840).....	118
c) Ausnahmen von der Namensänderungsfreiheit: von der Planitz (1841).....	120
d) Die öffentlich-rechtliche Gesetzgebung zum Namensänderungsrecht in der Wissenschaft: Robert Hermann (1862)	122
e) Das fehlende Individualrecht zur Durchsetzung eines Anspruchs auf Namensänderung: Ernst von Sarwey (1880).....	124
f) Das öffentlich-rechtliche Namensänderungsrecht in Preußen: Hermann Kollrack (1900).....	125
g) Der Stellenwert »jüdischer Namensänderungen«.....	127
2. Die Namensänderung in der Rechtsprechung.....	128
a) Die Verwaltungsgerichte in Preußen.....	130
b) Die ordentlichen Gerichte	132
VI. Das Recht der Namensänderung am Ende des Kaiserreichs	135

2. Kapitel: Die öffentlich-rechtliche Namensänderung im Spannungsfeld reichsrechtlicher und antisemitischer Einflüsse (1919 – 1933)..... 138

I. Die Weimarer Reichsverfassung und das Namensänderungsrecht.....	140
1. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern.....	140
2. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder für Fragen der Namensänderung unter dem Vorbehalt der Bedarfsgesetzgebung des Reichs (Artikel 9 WRV)	142
3. Namensänderung durch Reichsrecht: Das Adelsprädikat als Teil des Namens gemäß Artikel 109 Abs. 3 Satz 2 WRV.....	146
4. Die Sperrwirkung des Artikels 110 WRV für die Gesetzgebung zum Namensänderungsrecht	149
II. Landesrecht zur Namensänderung bis zum Ende der zwanziger Jahre.....	151
1. Fortentwicklung des Namensänderungsrechts in Preußen	152
a) Die „Verordnung betreffend die Änderung von Familiennamen“ vom 3. November 1919.....	153
aa) Die Begründung der Zuständigkeit des Justizministers und die Dominanz des zivilrechtlichen Namensrechts.....	154
bb) »Adelige« und »jüdische« Namen: Die Ausgliederung »politischer Namensänderungen«	158
cc) Die Begrenzung auf Verfahrensregelungen.....	160
b) Erste Richtlinien und Grundsätze für die Bearbeitung von Namensänderungsanträgen (1921 und 1928).....	163

aa)	Richtlinien für den Umgang mit Anträgen aus familienrechtlichen Gründen und die Festlegung der besonderen Behandlung der Gesuche zur Änderung von »Juden­namen« (1921).....	163
bb)	Anweisung des Innenministers zur Änderung »fremdländischer Namen« (1921).....	166
cc)	Richtlinie zur Zuständigkeit bei der Änderung von Familiennamen (1928)	167
c)	Die Dominanz »politischer Namensänderungen« Ende der zwanziger Jahre	168
2.	Die Kopie des preußischen Rechts: Braunschweig, Anhalt, Thüringen und Hamburg	168
3.	Das Namensänderungsrecht in Bayern und Hessen	170
III.	Die öffentlich-rechtliche Namensänderung unter dem Einfluß antisemitischer Kampagnen	172
1.	Namensänderung als Agitationsobjekt antisemitischer Kampagnen.....	174
2.	Parlamentarische Kampagnen gegen »jüdische Namensänderungen«	179
3.	»Jüdische Namensänderungen« als besondere Fallgruppe im Entscheidungsprozeß der Ministerialbürokratie	185
a)	Die Anzahl jüdischer Namensänderungen in Preußen	186
b)	Die Behandlung der Anträge durch die Verwaltung	191
IV.	Das Namensänderungsrecht in Rechtsprechung und Literatur	194
1.	Das Namensänderungsrecht in der Rechtsprechung	194
2.	Das Recht der Namensänderung im juristischen Schrifttum	197
a)	Die Forderung nach einer reichsrechtlichen Regelung des öffentlich-rechtlichen Namensänderungsrechts	199
b)	»Jüdische Namensänderungen«	202
c)	Die öffentlich-rechtliche Namensänderung als Gegenstand der Dissertation von Hans Rameken (1922)	205
d)	Namensänderung in den Grenzen des Reichsrechts: Hans Bergengruen (1932).....	207
V.	Das Namensänderungsrecht in der Spätphase der Weimarer Republik (1930 – 1932).....	208
1.	Die Regelungen des Namensänderungsrechts in Bayern (1932).....	209
2.	Die »Verreichlichung« des Namensänderungsrechts in Preußen (1932)	210
a)	Reformbestrebungen der Reichsregierung.....	211
b)	Verordnung und Rundlaß des Preußischen Innenministeriums vom 21. und 24. November 1932.....	215
c)	Die Richtlinien vom 23. Dezember 1932	217
VI.	Zusammenfassung: Das Namensänderungsrecht am Ende der Weimarer Republik.....	221

3. Kapitel: Namensänderung und Namensänderungsrecht im nationalsozialistischen Staat (1933 – 1945)	223
I. Von den ersten Entwürfen bis zur Entscheidung für eine »völkische« Reichsgesetzgebung zum Namensänderungsrecht (1933 – 1935)	223
1. Judenpolitik als Auslöser namensrechtlicher Entwürfe	224
a) Paul Bangs Initiative für eine »bewußt völkische Gesetzgebung«	225
b) Die Gesetzesinitiative des DNVP-Landesverbandes Niederschlesien und der 'Entwurf Grauert'	228
2. Vorschläge zum Namensänderungsrecht aus national-antisemitischen Kreisen	233
a) Namensrecht und »Judengesetz« (6. April 1933)	234
b) Die Entwürfe Posselt und Coblenzer	238
3. Vorbehalte und Hindernisse: Erste Beratungen in den Ministerien	242
4. Verzögerungen aus innen- und außenpolitischen Gründen (1934)	251
5. Formale Rahmenbedingungen für die antisemitisch motivierte Reform des Namensänderungsrechts in den Reichsministerien	255
a) Institutionelle Grundlagen: Neue Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten	256
aa) Vereinigung der Innenministerien Preußens und des Reichs	257
bb) Das Gesetzgebungsverfahren nach dem Ermächtigungsgesetz	260
b) Staatsorganisatorische Grundlagen: Durchsetzung der Vorherr- schaft des NS-Staates gegenüber den Ländern	262
6. Maßnahmen auf dem Gebiet des Namensänderungsrechts (1933 – 1935)	268
a) »Gesetz gegen Mißbräuche bei der Eheschließung und der An- nahme an Kindes Statt« (23. November 1933)	268
b) Die Unterscheidung zwischen »jüdischen«, »deutschen« und »ausländischen« Namensänderungen in Preußen (1934)	271
c) »Verreichlichung« des Namensänderungsrechts: Gleichschaltung und Rechtsentwicklung in den außerpreußischen Ländern	277
II. Die Phase des 'ministeriellen Gesetzgebungsverfahrens' (1935 – 1937)	281
1. Die Entstehung des ersten Referentenentwurfs vom 14. August 1935	283
a) Sippenamts- und Namensänderungsgesetz (1935)	284
b) Erster Ministeriumsentwurf für ein Namensänderungsgesetz	284
c) Das gescheiterte »Reichssippenamtsgesetz«	296
2. Vom zweiten Referentenentwurf bis zum Erlaß des Namensänderungs- gesetzes (1937/38)	301
III. Aufbau und Struktur des Namensänderungsrechts ab 1938	309
1. Die Kopplung von Ermessen und unbestimmten Rechtsbegriffen	310
2. Die Umsetzung des NamÄndG auf Verordnungsebene (1938 – 1942)	313
a) Erste Durchführungsverordnung zum Namensänderungsgesetz	313

b) Der Runderlaß betreffend die „Änderung und Feststellung von Familiennamen“ vom 8. Januar 1938	314
c) Der „Runderlaß über den Widerruf von Namensänderungen“ vom 23. März 1938	316
IV. Die Namensänderung in der Praxis des nationalsozialistischen Staates (1933 – 1945).....	317
1. Prinzipien bei der Behandlung von Namensänderungsgesuchen.....	318
a) Der Widerruf »jüdischer Namensänderungen« und die zweite Verordnung zur Durchführung des Namensänderungsgesetzes	322
b) Die Zwangsänderung bestimmter Familiennamen jüdischer Bürger.....	328
2. Namensrechtliche Reformbestrebungen: Das Recht der Namensänderung im Entwurf für ein „Volksgesetzbuch“ (1941/1942).....	329
V. Das Namensänderungsrecht in der Literatur des NS-Staates	331
1. Die Namensänderung und die NS-Ideologie	334
2. Darstellung und Legitimation des Namensänderungsrechts: Stereotypen der juristischen Fachliteratur.....	338
VI. Zusammenfassung	341
 4. Kapitel: Die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Namensänderung in Deutschland seit 1945	343
I. Das öffentlich-rechtliche Namensänderungsrecht unter der Kontrolle der Alliierten (1945 – 1949).....	344
1. Alliierte Prinzipien bei der Revision nationalsozialistischen Rechts	345
2. Die 'sprachliche Entnazifizierung' des Namensänderungsrechts durch den Stuttgarter Länderrat	352
II. Namensänderungsrecht und Grundgesetz	360
1. Rechtsstaat versus NS-Gesetzgebung: Das Problem der materiellen Verfassungskonformität (Artikel 123 Abs. 1 GG).....	362
2. Gesetzgebungskompetenz des Bundes? Das Problem der formellen Verfassungskonformität (Artikel 125, 74 GG).....	365
3. Das Namensänderungsgesetz als bereinigtes Bundesrecht.....	371
III. Das NamÄndG in der Bundesrepublik Deutschland	373
1. Gesetzesänderungen (1957 – 1997).....	373
2. Verwaltungsvorschriften und -richtlinien	375
3. Zwischenergebnis	378
IV. Dogmatische Grundlagen und aktuelle Probleme des Namensänderungsrechts ...	379
1. Restriktive Auslegung bei klassischen Fallgruppen	385
2. Fallgruppen mit großzügiger Genehmigungspraxis.....	389
3. Die gewandelte Funktion des Familiennamens	391
a) Reformen durch das Familiennamensrechtsgesetz.....	392

aa) Rechtspolitische und -historische Grundlagen	396
bb) Konsequenzen für das öffentlich-rechtliche Namensänderungsrecht?.....	398
b) Die „Einbenennung“ nach dem Kindschaftsrechtsreformgesetz	400
4. Zwischenergebnis	407
V. Reformbedürfnisse im Namensänderungsrecht	407
1. Die öffentlich-rechtliche Namensänderung de lege lata	410
2. Die öffentlich-rechtliche Namensänderung de lege ferenda	411
VI. Zusammenfassung	414
Gesamtzusammenfassung der Ergebnisse	417
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	419
Personen- und Sachverzeichnis	455